

## **Positionspapier: Zur Haltung des AKS Berlin zur Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“**

*„[E]s sind oft die Menschen mit wenig Geld, die aus ihren Stadtteilen verdrängt werden, darunter auch viele alte Menschen, Pflege[be]dürftige oder Allein[er]ziehende, für die der Umzug in einen anderen Kiez eine ganz große Härte darstellen kann. Da können wir nicht tatenlos zusehen. Da müssen wir uns einmischen.“  
(Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer beim Paritätischen Gesamtverband, 2019)*

Die Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ hat es in Berlin geschafft eine breite Bewegung für bezahlbare Mieten und einen gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt zu mobilisieren. Getragen war ihre Kampagne von der Solidarität mit allen Menschen, die von profitorientierten Wohnungsunternehmen aus ihren Mietwohnungen verdrängt werden oder keine Chance haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wir, der AKS Berlin, begrüßen dieses Anliegen und den überwältigenden Erfolg des Volksentscheides.

Mit der Initiative teilen wir das Ziel einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. Das Menschenrecht auf Wohnen halten wir in diesem Kontext für unverzichtbar. Dieses Recht steht jedoch im Konflikt mit dem Eigentumsrecht, mit dem Privatbesitz an Grund und Boden oder Häusern. Das Menschenrecht auf Wohnen ist in Berlin massiv gefährdet, da Wohnungen aufgrund des von Profitinteressen getriebenen Handelns von Konzernen, Spekulationen und gewollten Leerstand unbezahlbar werden. Eigentumsrechte stehen somit politisch und rechtlich über Wohnrechten. Dies hat schwerwiegende Konsequenzen – insbesondere für Personen, die ein geringes Einkommen haben oder von Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt (und darüber hinaus) betroffen sind.

Die letzten Jahre haben – nicht nur in Berlin – bewiesen, dass die Maxime „der Markt regelt das“ falsch ist. Mieter:innen werden verdrängt oder von Vermieter:innen schikaniert, Hausprojekte geräumt, etc. Profitinteressen stehen über dem Gemeinwohl. Die Initiative Deutsche Wohnen und Co enteignen setzt an den neuralgischen Punkten an, um bezahlbare Mieten zu garantieren. Die Entscheidungsmacht soll wieder in die Hände der Mieter:innen gelangen. Dies sorgt für mehr Gemeinwohl und schützt Menschen in ihren Rechten und Bedürfnissen. Dies sind für uns als Sozialarbeiter:innen wesentliche Grundsätze. Auch im Sinne von Partizipation als emanzipatorische pädagogische Leitlinie, die in einer Vergesellschaftung Ausdruck findet, unterstützen wir die Initiative. Wenn Sozialarbeiter:innen sich hingegen bei Räumungsaktionen zu Gehilfen einer repressiven Politik hergeben – so geschehen bei der Räumung der Rummelsburger Bucht im Februar letzten Jahres – macht uns das wütend, denn Soziale Arbeit sollte an der Seite aller von Unterdrückung Betroffenen stehen und nicht kritiklos die herrschenden Verhältnisse mittragen.

Derzeit zeigen Bürgermeisterin Giffey und der Senat kein besonderes Interesse an der Umsetzung des mit einer überwältigenden demokratischen Mehrheit von 59,1% Ja-Stimmen abgesehenen Volksentscheids. Dies sagt einiges über die demokratische Haltung der Beteiligten aus.

Die Skandalisierung der Vergesellschaftung ist heuchlerisch, denn Enteignungen gehören zum kapitalistischen Alltag. Diejenigen, die den Mehrwert erarbeiten behalten ihn nicht. Dörfer müssen für Autobahnen oder Ressourcenabbau weichen. Und abseits der eigenen Grenzen werden Völker und Nationen schamlos beraubt und unterdrückt – nur ein Beispiel von vielen: Die Wasserprivatisierung in Chile, gegen die sich zum Glück Widerstand regt. Also sei programmatisch an den Ausspruch von Marx und Engels erinnert : „Expropriiert die Expropriateure“ – enteignet die Enteigner.

---

## Über den AKS Berlin



Der AKS Berlin ist ein offener Zusammenschluss von Praktiker\*innen, Lehrenden und Studierenden aus der Sozialen Arbeit sowie ihren Bezugswissenschaften. Uns verbindet der Wille zur Überwindung von Verhältnissen, die von Herrschaft und Unterdrückung geprägt sind. Wir erheben Einspruch gegen deren Aufrechterhaltung, an der auch die Soziale Arbeit aktiv beteiligt ist, und wehren uns gegen die Vereinnahmung unserer Berufspraxis. Wir stehen für die Entwicklung und Etablierung einer alternativen sozialarbeiterischen Praxis, die kritische Reflexion der Bedingungen selbiger und politische Aktivitäten Sozialer Arbeit.